Der im Stadtvermessungsamt beschäftigte Betriebsrat hatte 1932 in den kommunalen Betrieben einen Antifaschistischen Ausschuss organisiert. Im Vorjahr bereits war ihm die politische Leitung des hiesigen Unterbezirks der Revolutionären Gewerkschaftsopposition übertragen worden. Im Frühjahr 1933 sorgte der zuvor kurzzeitig im Wiesbadener Polizeigefängnis Inhaftierte für das weitere, nunmehr illegale Erscheinen zweier kommunistischer Betriebszeitungen. Anfang Mai wurde Krüger aufgrund einer Denunziation abermals verhaftet. Erst Ende des Jahres kam er aus dem KZ Esterwegen wieder frei. Obwohl er polizeilich überwacht wurde, schloss er sich Mitte 1934 einer nach dem Dreiergruppensystem konspirativ abgesicherten kleineren Widerstandsgruppe seiner Partei an. Diese sammelte vor allem betriebliche Informationen und Stimmungsberichte, aber auch solche aus der Bevölkerung sowie aus NS-Organisationen, um sie für ihre antinazistische Agitations- und Aufklärungsarbeit zu nutzen. In ihren Flugblättern wurde schon damals auf die drohende Kriegsgefahr hingewiesen. Im August 1935 wurde Krüger erneut verhaftet und über vier Gefängnisse wiederum ins KZ Esterwegen, im Jahr darauf dann ins KZ Sachsenhausen verbracht. Seine Freilassung erfolgte erst nach über drei Jahren. Fortan unterlag er täglicher Meldepflicht bei der Gestapo. Alsbald wurde er von dieser als Erdarbeiter der Baufirma Jakob Wiederspahn KG zugewiesen, welche ihn später als Tiefbautechniker und schließlich als Bauführer beschäftigte. Nach der Befreiung von der NS-Gewaltherrschaft setzte Krüger sich auf vorbildliche Weise für den demokratischen Neubeginn in unserer Stadt wie auch in Hessen ein. Bis zuletzt engagierte er sich für die Erinnerung an den antinazistischen Widerstand.

[AU]